

# **SCHLUß MIT STAATLICHEM RASSISMUS!**

## **VOLLES WAHLRECHT FÜR NICHT-DEUTSCHE!**

Bundestagswahl 1998: Nach 16 Jahren Bildungs- und Sozialabbau durch die rechte Bundesregierung können wir Kohl & Co. jetzt in die Wüste schicken. Aber mehr als sieben Millionen Menschen ohne deutschen Paß, die 60 Milliarden DM an Steuern und Sozialabgaben zahlen und von denen über die Hälfte länger als 10 Jahre in Deutschland lebt, sind von diesen Wahlen ausgeschlossen. Dabei haben gerade ausländische Kolleginnen und Kollegen allen Grund, diese Regierung endlich abzuwählen. Ausländische ArbeitnehmerInnen sind mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie ihre deutschen KollegInnen. Eine nicht-deutsche Familie muß im Durchschnitt mit einem Viertel weniger Geld auskommen.

In Deutschland gilt zweierlei Recht: Eins für Deutsche und eins für Nicht-Deutsche. Das betrifft nicht nur das Wahlrecht. Auch das Vereins- und Demonstrationsrecht und die freie Wahl von Wohnort und Beruf gelten für AusländerInnen nicht oder nur eingeschränkt. Das dient den Herrschenden dazu, die arbeitende Bevölkerung zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Der Abbau von demokratischen Rechten wird oft erst bei ausländischen KollegInnen durchgesetzt um dann auf die gesamte Arbeiterklasse übertragen zu werden. Ausländische ArbeiterInnen werden entrechtet und somit wehrlos gemacht, damit sie als Lohndrücker gegen ihre deutschen KollegInnen eingesetzt werden können. Nicht-Deutsche müssen oft für die niedrig-

sten Löhne unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen arbeiten.

Immer wieder hat die Kohlregierung in den letzten 16 Jahren versucht, mit rassistischer Hetze von ihrer unsozialen Politik abzulenken, meistens unterstützt von der sogenannten Oppositionspartei SPD. Deutschen SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslosen wird vorgegaukelt, daß Ihre ausländischen Nachbarn an den sozialen Problemen Schuld seien. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Das Asylrecht wurde mit Hilfe der SPD faktisch abgeschafft, es kommen weniger Nicht-Deutsche hierher, doch die Arbeitslosigkeit bricht alle Rekorde. Verantwortlich für Massenarbeitslosigkeit und wachsendes Elend sind die Regierungspolitiker und ihre Freunde in den Konzerntagen. Die rassistische Hetze soll von dieser Tatsache ablenken!

Das nächste große Projekt der Kohlregierung, das von der rot/grünen „Opposition“ voll und ganz unterstützt wird, ist die Einführung einer gemeinsamen Währung in Europa, des EURO. Der EURO wird von den Konzernen genutzt um Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in ganz Europa auf dem niedrigsten Niveau anzugleichen. Die Spaltung der Arbeiter entlang nationaler Grenzen wird dadurch nicht aufgehoben, im Gegenteil: Wie heute schon in der Bauwirtschaft verstärkt die grenzenlose Konkurrenz die Spaltung. Die SAV sagt: *Nein zum*

# **SAV**

## **Sozialistische Alternative**

**Anrufen, Informieren, Mitmachen: 0241 - 50 86 85**

*EUROpa der Banken und Konzerne.* Stattdessen brauchen wir europaweite Kampfmaßnahmen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Privatisierungen. Ohne eine internationalistische Opposition gegen den EURO werden Nazis und Rassisten die Ablehnung der Währungsunion in nationalistische Bahnen lenken können.

*Wahlerfolge faschistischer Parteien wie der DVU in Sachsen-Anhalt und die rassistischen Übergriffe und Anschläge der Neonazis sind direkte Folge der Hetze der etablierten Parteien und Medien.*

Deutsche und ausländische ArbeiterInnen und Jugendliche haben gemeinsame Interessen. Durch gemeinsamen Widerstand gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung, gegen Nazis und Ausländerfeindlichkeit, können wir die Spaltung überwinden. Gewerkschaften und linke Organisationen haben die Verantwortung, diesen Widerstand zu organisieren.

Weder deutsche noch ausländische ArbeiterInnen werden von den etablierten Parteien vertreten. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns zusammenschließen und für gemeinsame Interessen kämpfen. Eine neue

**Wir rufen ausländische Vereine, Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich an unserer Kampagne für Ausländerwahlrecht zu beteiligen!**

## **Veranstaltung: Wahlrecht für alle erkämpfen!**

Mittwoch, 9. September

19.00 Uhr, Gaststätte: Deutsches Haus, Adalbertsteinweg 128

**SAV-Treffen:** Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr im Ché-Haus, Pontstraße 41

**Treffen für Interessierte:** Jeden Samstag um 15.00 Uhr im Ché-Haus, Pontstraße 41

Arbeiterpartei muß aufgebaut werden. Mit der Kandidatur der SAV zum Bundestags-Direktmandat wollen wir einen Beitrag dazu leisten. Die SAV ist eine Partei, in der sich ausländische und deutsche ArbeiterInnen und Jugendliche organisieren, um ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen.

Rassismus ist keine „natürliche Reaktion auf soziale Probleme“. Er wird von den Herrschenden systematisch geschürt um von ihrer Verantwortung abzulenken und die ArbeiterInnen zu spalten. Dieses kapitalistische System stützt sich auf die Spaltung, nicht nur von In- und AusländerInnen, auch von Frauen und Männern, von Arbeitslosen und ArbeiterInnen, usw. Der Kapitalismus schafft riesige Profite für Wenige statt ein menschenwürdiges Leben für alle. Wir brauchen eine demokratische Gesellschaft, die im Interesse der großen Mehrheit der Menschen und nicht für die Profitinteressen einer kleinen reichen Minderheit funktioniert.

Nur in einer sozialistischen Gesellschaft, die frei ist von Armut und Unterdrückung, wird ein Leben ohne Rassismus und faschistischen Terror möglich sein. Mach mit und kämpfe mit uns in der SAV für eine solche Sozialistische Alternative!

Unser Programm gegen Rassismus und Faschismus:

- ➔ Volles Wahlrecht ab 16 Jahre und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen
- ➔ Stop der Abschiebungen; Bleiberecht für alle; Weg mit Ausländergesetzen
- ➔ Massenmobilisierung durch Gewerkschaften und linke Organisationen gegen alle öffentlichen Aktivitäten der Nazis
- ➔ Gemeinsamer Kampf von In- und ausländischen ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen gegen Sozialkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Rassismus
- ➔ Für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die diesen Kampf organisiert
- ➔ Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne; Für ein sozialistisches Europa

Wir brauchen Deine Spende!

Konto: Sozialistische Alternative, Kto-Nr. 15053416.

Sparkasse Aachen, BLZ 390 50000